

Adressenbuch

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 18. August 1928

Nummer 66

Der Weg zur Wirtschaftsdemokratie

Nicht erst seit heute sind Kräfte am Werk, die versuchen, der sozialistischen Theorie eine neue Begründung zu geben. Es wäre falsch, dieses Suchen nach neuer theoretischer Grundlage als müßige Spielerei abzutun. Zur Zeit, als die deutsche Arbeiterbewegung in Staat und Gesellschaft noch nicht den Einfluß von heute hatte, als man noch kein Tarifrecht kannte, der Fabrikant unbeschränkter Herrscher im eigenen Hause war und die soziale Gesetzgebung nur zaghafte Stillschüben zeitigte, als es noch keine Reichsverfassung gab, die die politische und soziale Demokratie verkörperte und die Art zum sozialen Volksstaat sinngerecht einleitete, auch da gab es schon Debatten über den zu gehenden Weg zum Sozialismus. In jener fernabgelegenen Zeit pflegte Liebknecht, der Vater allerdings, zu sagen, „im Ziel sind wir uns alle einig, worüber wir uns streiten, ist, über den zu gehenden Weg, der zum Ziele führt“. Die Stellung der deutschen Arbeiterbewegung zum älteren Obrigkeitstaat war notwendigerweise eine andre als zum demokratischen Staat.

In England erfand man das Schlagwort: „Socialism is our time“ (Sozialismus in unserer Zeit), womit zum Ausdruck gebracht wird, daß der Sozialismus eine Bewegung ist, die den Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft vorbereitet und deshalb eben keine reine Zukunftsbewegung ist, die das „Endziel“ in einer zu Lebzeiten nicht erreichbaren Ferne leuchtend sieht, sondern eine Bewegung, die schon heute den Sozialismus stufenweise praktisch durchzuführen will. Man spricht von einem „konstruktiven Sozialismus“ im Gegensatz zum rein negativen Sozialismus. Vor diesem Gesichtswinkel aus betrachtet ist Wirtschaftsdemokratie eigentlich identisch mit dem englischen Begriff: „Socialism in our time.“

Wirtschaftsdemokratie ist ein aus dem Englischen übertragener Begriff, der in England im Kriege unter dem Namen „industrial democracy“ entstand. In Wahrheit handelte es sich bei diesen Worten um eine Weiterentwicklung des lange vor dem Kriege herausgebildeten Begriffs „konstitutionelle Fabrik“. Schon aus dieser Weiterentwicklung des Begriffs ergibt sich, daß die jetztige Theorie abholden Engländern an eine im Gesamtkomplex des Wirtschaftsprozesses sich vollziehende evolutionäre Entwicklung dachten, die schließlich zur Demokratisierung der Wirtschaft führen müsse.

Der englische Begriff „industrial democracy“ bildet sich aber auch aus einer andern in die Erscheinung getretenen Entwicklung heraus: Er entstand in Verbindung mit dem Ruf nach der Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter. Die englischen Gildensozialisten waren es vor allem, die diesen Gedanken mit „industrial democracy“ verbanden.

Die deutschen Gewerkschaften verwarfen mit Recht die Behauptung, „Alle Macht den Betriebsräten“ als gefährliche Fiktion und setzten an deren Stelle den Begriff vom Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Wirtschaft. Es ist nun nicht ohne Interesse, zu erfahren, daß G. D. H. Cole, der Hauptbegründer des Gildensozialismus, sich zur deutschen Idee durchdrungen hat. In seinem Buch „Die Bezahlung des Lohnes“ schreibt er: „Das ist klar, die sich als notwendig erweisende radikale Umwälzung der Wirtschaft bedingt auch eine Änderung der Stellung der Arbeiter im Produktionsprozeß. Die Art dieser Änderung ist zurzeit noch unbestimmt; sie kann die Arbeiter zu willenlosen Sklaven der Maschine herunterdrücken, die jeden Lebensinhalt verlieren und unter unwürdigen Verhältnissen dahinvegetieren, oder aber, sie kann durch eine Art Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung dazu führen, eine heute noch ungeahnte gehobene Stellung im Produktionsprozeß zu gewinnen, wodurch auf die Menschenwürde viel mehr Gewicht gelegt wird, als das heute der Fall ist. Eine solche Entwicklung kommt allerdings nicht von selbst, sie ist nur möglich, wenn die Gewerkschaften versuchen, in das Rad des Geschehens eingzugreifen und eine konstruktive Wirtschaftspolitik treiben.“ So ist die Wirtschaftsdemokratie aufs engste verbunden mit Betriebsdemokratie. Das eine ohne das andre ist nicht möglich. Nun sagt Cole weiter: „Säufig genug werden Gedanken dieser Art mit dem Einwand bekämpft: Die Arbeiter dürften im kapitalistischen System keine Verantwortung für das Gedeihen der Industrie übernehmen. Diejenigen, die so reden, versuchen dem sich aufdringenden Problem auszuweichen. Daß der Kapitalismus leistungsfähig ist, liegt nicht im Interesse der Arbeiter. Der Mangel an Leistungsfähigkeit stärkt den einzelnen Kapi-

talisten gegen die Arbeiter. Die Gewerkschaften können für ihre Mitglieder in Zeiten günstiger Konjunktur am meisten herausholen. ... Krisen erzeugen nicht nur Erwerbslosigkeit, sondern drücken auch auf die Löhne.“

Das alles stimmt mit dem deutschen Betriebsrätegesetz überein, das in Artikel 1 sagt: „Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben usw.“

In einem Artikel über „Das Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Verwaltung“ schrieb Richard Seidel („Die Arbeit“, Heft 12, 1925, Seite 723): „Dieser Zweck — der Betriebszweck — des einzelnen kapitalistischen Unternehmens besteht lediglich in der Erzielung privatkapitalistischen Nutzens. Ist dieser in angemessenem Umfang gesichert, dann ist für die Betriebsleitung der möglichst hohe Stand und die möglichstste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen gegeben, ohne daß sie zu fragen hätte, ob der erzielte Erfolg auch einen Nutzen im höheren Sinne volkswirtschaftlicher Produktivität darstellt.“ Zu solcher Schlussfolgerung kann man allerdings nur kommen, wenn man eine Entwicklung in der Richtung der Demokratisierung der Wirtschaft nicht für gegeben hält. Dann aber müssen noch andre Erwägungen in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Ist der Kampf um die Ausgestaltung der Demokratie ein rein politischer Kampf? Nein, er greift tief in die sozialen Verhältnisse des Volkes ein. Die in der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Gegensätze werden durch die Demokratie gelindert. Der Kampf um den Volksstaat ist vor allem ein Kampf für die Erweiterung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterschaft.

Es ist zu begreifen, daß der Vorstand des ADGB die Frage nach der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie auf die Tagesordnung des Hamburger Gewerkschaftskongresses brachte, und man kann hoffen, er wird neue und zielfähige Richtlinien entwerfen, die der Arbeiterschaft im Kampfe für ein besseres Leben gute Dienste leisten wird.

Wirtschaftliche Lebensfragen

Die Wirtschaftsgrundlagen eines Volkes können sehr verschieden sein. Immer aber steht die Beschaffung seiner Ernährung obenan, gleichgültig, ob diese direkt durch die Landwirtschaft oder indirekt auf dem Wege über die Industrie oder den Handel erfolgt. Abgesehen von durch besondere Verhältnisse gebotenen Ausnahmen ging denn auch die wirtschaftliche Entwicklung stets von der Landwirtschaft aus, weil diese selbst in ihrer primitivsten Form die einfachste und sicherste Lebensgrundlage darstellte. Das kommt auch bei Bildung und Entwicklung der Staaten zum Ausdruck. Noch bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts hatten wir es überall mit Agrarstaaten zu tun. Gewerbe und Handel spielten, selbst wo sie etwas stärker hervortraten, gegenüber der Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle.

Diese Verhältnisse haben sich inzwischen geändert. Wir haben uns daran gewöhnt, die mit dem Vordringen der Industrie und Zursichdrängung der Landwirtschaft eingetretenen Umwälzungen als ganz natürliche und sogar begriffswerte Vorgänge zu betrachten. Maßgebend für das Entstehen dieser Auffassung war das Beispiel Englands, das zuerst die Umwandlung vom Agrar- zum Industriestaat durchmachte. Seine wirtschaftlichen Erfolge reizten zur Nachahmung an. Die industrielle Entwicklung mit allen, selbst zweifelhaftesten Mitteln zu fördern, galt lange Zeit in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern als höchste Staatsweisheit. Jene Bestrebungen führten dazu, daß neben England weitere Industriestaaten entstanden, die ihm seine industrielle Monopolherrschaft streitig machten, darunter an vorderster Stelle Deutschland. Solche auf Förderung der Industrie gerichteten Bestrebungen machen sich heute noch in den kleinen Agrarstaaten, und zwar in erheblichem Umfang, bemerkbar.

Noch bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts war Deutschland ein überwiegend agrarisches Land. Erst von da an begannen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschieben. Die Industrie gewann immer weitere Verbreitung, die Landwirtschaft dagegen trat als Lebensgrundlage der Bevölkerung und Wirtschaft mehr und mehr in den Hintergrund. Wie rapide sich diese Umwandlung vollzog, ist daraus zu ersehen, daß, während noch im Jahre 1882

von 1000 Einwohnern 425 von der Landwirtschaft lebten, diese Zahl im Jahre 1895 auf 367, im Jahre 1907 auf 286 sank und im Jahre 1925 nur noch 230 betrug. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat in dieser Zeit keine wesentliche Veränderung erfahren, wohl aber ist die für die landwirtschaftliche Bebauung zur Verfügung stehende Fläche recht beträchtlich geringer geworden. Dieser Verlust wurde durch intensivere Wirtschaft, bessere Düngung usw. einigermaßen ausgeglichen. Der Bodenretrag nahm zu, reichte aber zur Ernährung der auf rund 62,5 Millionen angewachsenen Bevölkerung Deutschlands bei weitem nicht aus. Gedeckt werden durch den Ertrag der einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugung nur etwa 80 Proz. des Bedarfs, der fehlende Rest muß durch Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande ergänzt werden.

In ähnlicher Lage befinden sich die übrigen Industriestaaten. England vermag z. B. nur höchstens 60 Proz. seines Lebensmittelbedarfs aus eigener Landwirtschaft zu gewinnen, Frankreich bis zu 75 Proz. Nicht besser liegen die Verhältnisse in Belgien, Italien, Österreich, Japan. Selbst das doch überwiegend agrarische Kaiserreich Rußland kommt ohne Lebensmittelzufuhr nicht mehr aus. Wägen hierfür die durch den Krieg und die Revolution herbeigeführten Verhältnisse schuldig sein, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Rußland als Exportland für Lebensmittel jetzt und auf lange Zeit nicht in Betracht kommt. Diese Sachlage muß bedenklich stimmen. Sie erklärt auch, daß die Ernährungsfrage für die modernen Industriestaaten steigende Bedeutung gewinnt. Noch liegt für die Ernährung ihrer Bevölkerung keine Gefahr vor, da es genug Länder gibt, die ihnen noch auf Jahrzehnte hinaus Lebensmittel liefern können. In Betracht kommen hierfür die Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien, Brasilien, Indien, Australien und Mittelafrika. Alle diese Länder erzielen noch erhebliche Lebensmittelüberschüsse, die sie exportieren müssen. Doch dieser Zustand ist nicht für die Dauer. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß auch dort mit fortschreitender Industrialisierung sowie zunehmender Bevölkerung diese Überschüsse abnehmen und schließlich in Wegfall kommen werden.

Noch ist es nicht so weit! Gleichwohl erhebt sich die Frage, ob nicht einer solchen Quantität beizugehen und soweit wie möglich vorgebeugt werden kann. Zu ihrer Prüfung zwingen noch andre Umstände. Die Erfahrungen der Kriegsjahre zeigten, daß die Vorherrschaft der Industrie als wirtschaftliche Lebensgrundlage sehr bedenkliche Seiten hat und für die Existenz der an einem Kriege beteiligten Völker große Nachteile in sich birgt. Besonders das deutsche Volk hat schwer darunter leiden müssen. Derartige Nachteile sind aber auch in Friedenszeiten vorhanden. Jede sich auf die Industrie stützende Wirtschaft muß das Risiko an Lebensmitteln, das ihre für die Deckung des Ernährungsbedarfs unzureichende landwirtschaftliche Erzeugung entfallen läßt, durch Lebensmittelimport aus andern Ländern ausgleichen. Das kann in befriedigender Weise nur geschehen, wenn sie Industrieerzeugnisse von zum mindesten gleichem Werte ausführt, da nur so die für den Lebensmittelimport erforderlichen Mittel gewonnen werden können. Voraussetzung ist natürlich dabei, daß dem Export von Industrieerzeugnissen keine Schwierigkeiten entgegenstehen und sich so beiderseitig ein glattes Austauschgeschäft ergibt. Wird dagegen der Export von Industrieerzeugnissen durch Zollmaßnahmen der in Frage kommenden Ausfuhrländer verhindert, so wird der für eine normale Befriedigung des Ernährungsbedarfs erforderliche Ausgleich unmöglich. Geslingt es nicht, die Ausfuhrbehinderung im Verhandlungswege durch Handelsverträge zu beseitigen, so kann die Industriewirtschaft über diese Schwierigkeiten nur hinwegkommen, wenn sie den Absatz ihrer Industrieerzeugnisse im Auslande durch Dumpingpreise erzwingt.

Das ist aber ein sehr fragwürdiges Mittel, denn in diesem Falle geht der zur Deckung des Ernährungsbedarfs erforderliche Export auf Kosten der inländischen Verbraucher vor sich, die für die Erzeugnisse ihrer Industrie höhere Preise zahlen müssen als das Auslande. Weiter bedeutet es, daß zwar das Ernährungsdefizit beseitigt wird, dafür aber in der Lebenshaltung der Bevölkerung an anderer Stelle ein Defizit entsteht. Hierunter hat die deutsche Bevölkerung in sehr erheblichem Maße zu leiden, wie einerseits daraus hervorgeht, daß der deutsche Lebensmittelbedarf jährlich 19 Milliarden beträgt, während die deutsche Landwirtschaft nur für 15 Milliarden Mark erzeugt, andererseits trotz Weltwirtschaftskonferenz und aller dabei

gehaltenen schönen Reden die Länder ihre auf Züchtung eigener Industrien gerichteten Bestrebungen wie auch die gegenseitigen Zollabsperrungen vorziehen. Verschimmert wird dieser Widerspruch für Deutschland durch die ungeheuren Reparationslasten.

Es kommen aber noch weitere Umstände hinzu, die eine weitere Ausdehnung der Industrie in sehr zweifelhaftem Lichte erscheinen lassen. Die Rationalisierung der Industrie hat sehr erhebliche Verschiebungen in der Wirtschaft hervorgerufen, vor allem aber zahlreich Arbeitskräfte überflüssig gemacht. In allen industriellen Ländern tritt eine Massenarbeitslosigkeit auf, obwohl die Erzeugungsfähigkeit der Industrie nur etwa zu 60 Proz. ausgenutzt wird. Gleichwohl geht diese Erzeugung über die Kaufkraft der Bevölkerung hinaus. Es erscheint wohl möglich, dieses Mißverhältnis durch Senkung der Preise zu beseitigen, was aber nicht geschieht. Inzwischen verschlechtern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter. Auch in der Landwirtschaft geht ein ununterbrochener Rationalisierungsprozeß vor sich und verursacht einen ständigen Abfluß von Arbeitskräften in die Industrie. Verstärkt wird dieser Abfluß durch die menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den großagrarischen Gebieten. Allmählich hat dieser Zustand eine sowohl wirtschaftlich wie sozial sehr bedenkliche Form angenommen. Die abgestoßenen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte finden in der Industrie entweder keine Aufnahme oder verdrängen andre sozial höher stehende Arbeiter. Das Arbeitslosenheer schwillt immer bedrohlicher an, belastet die Wirtschaft und drückt die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herunter.

So kann es auf die Dauer nicht weitergehen. Mit den bisher zur Anwendung gebrachten Mitteln ist aber nicht wirksam zu helfen. Das wirtschaftliche Gleichgewicht ist gestört. Infolge ihrer raschen Entwicklung befindet sich die Industrie in einem Zustande ungesunder Aufblähung, demgegenüber die Landwirtschaft in außerordentlicher Rückständigkeit verharrt. Hier wird noch nach den überlebtesten Grundfragen gewirtschaftet. Einen Beweis dafür liefert die Tatsache, daß allein in Preußen während der letzten Jahre über eine Million Hektar anbaufähiges Land der Verödung anheimfiel. Außerdem sind in Preußen noch 27,6 Proz., in Bayern sogar 48 Proz. des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens meliorationsbedürftig. Die Landwirtschaft vermag ihre Aufgabe, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen und im weiteren Umfange als jezt vom Auslande unabhängig zu machen, nicht zu erfüllen. Dabei sind alle Sachverständigen darin einig, daß diese Verhältnisse geändert werden können.

Diese Änderung herbeizuführen wird so zu einer Lebensfrage für die Wirtschaft wie für die Arbeiter. Für letztere insofern, als die ihrem sozialen Aufstieg entgegenstehenden Hemmnisse zum sehr wesentlichen Teile den rückständigen landwirtschaftlichen Verhältnissen entstammen. Durch Schulbildung, Verbesserung der Ernährung, mehr als ausgeföhrt werden. So lange ist damit schon experimentiert worden, ohne daß sich Erfolge zeigten. Wir brauchen Hilfe der bestehenden Mächte verpöcht nur eine großzügige Agrarpolitik, die in Verbindung mit einer Aufteilung der übergroßen Besitzungen neues Siedlungsland schafft, neue selbständige Existenzen begründet, die Landflucht eindämmt sowie zum Nutzen der Gesamtheit Arbeitsgelegenheit und erweiterte Kaufkraft entstehen läßt. S. M.

Kapitalbildung und Wirtschaftsentwicklung

Start im Vordergrund steht bei den wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Debatten die Diskussion über den deutschen Kapitalbedarf, seine ungenügende Deckung durch eigene Neubildung von Kapital im Inland und die Tatsache und Gefahren erheblicher Kapitaleinwanderung aus dem Auslande. Erinnern wir uns nur an den lebhaften Kampf Schachts gegen die Deckung des Kapitalbedarfs der Städte im Auslande, der von Parker Gilbert unterstützt wurde; nicht zuletzt auch an Unternehmungskritiken, die von Gefahren mangelnder Kapitaldeckung im Inlande mit Jammergebärden sprechen.

Nichts ist zunächst begreiflicher als ein außerordentlich hoher Bedarf an Kapital in der gegenwärtigen Situation der deutschen Wirtschaft. Daß es grundsätzlich gleich bleibt, ob der Bedarf durch Zufuhr aus dem Auslande gedeckt wird, soll hier nicht weiter diskutiert werden. Die starke Nachfrage nach Kapital ergibt sich aber zunächst zwingend aus dem Umstand, daß die Nachkriegs- und Nachinflationszeit eine weitgehende Umgestaltung der Produktionsanlagen erforderte und diese Umgestaltung durch einen weiteren Ausbau, also Rationalisierungsprozeß abgelöst wurde. Dieser wurde zum Erfordernis durch die starke ausländische Konkurrenz, deren Hauptgrund gestunke Weltkaufkraft einerseits und erhöhte Rationalität der Wirtschaftsführung besonders in den Vereinigten Staaten Amerikas andererseits war. Diese Dinge sind uns heute allen bekannt.

Was bedeutet denn nun aber Kapitalbedarf und Kapitalverwendung? Zwei Dinge sind bei der Betrachtung wirtschaftlicher Vorgänge scharf auseinanderzuhalten: die im wirtschaftlichen Kreislauf zirkulierenden Geldsummen (die „Geldseite“) und die durch diese Geldsummen in Bewegung gesetzten Güter- und Arbeitskräfte (die „Güterseite“). Geld „steht in Bewegung“, es dient nur, Zweck des wirtschaftlichen Vorganges ist die Leitung von Gütern und Produktionskräften. Jedes Geldstück ist nichts weiter als eine Umweisung auf einen Teil der Gütermenge und der auf dem Markt angebotenen Arbeitskraft. Ähnlich etwa, wie ein Theater- oder Kinobillet den Kap-

weis für den Anspruch auf den Besuch einer Vorstellung enthält. Geld hat grundsätzlich keinen Eigenwert (das ist so un nötig nach einer treffenden Bemerkung wie eine „schbare Speisemarte“), seine eigentliche Bedeutung liegt in seiner Eigenschaft, Verfügungsgewalt über Wirtschaftsdinge darzustellen.

Aus dem Gesagten folgt: Mit der Geldverwendung bestimmen wir über das Schicksal der fertigen Güter und Produktionsmittel, die im Bereich der Wirtschaft vorhanden sind. Haupt sächlich in zweifacher Weise kann durch die Art der Geldverwendung über die Verwendung aller wirtschaftlichen Werte bestimmt werden. Durch Kauf von Gütern für den Verbrauch, damit also ihre Verwendung zur unmittelbaren Befriedigung der Lebensbedürfnisse oder durch Entzug vom Konsum, zur Errichtung von Produktionsanlagen. Gesellschaftlich gesehen, auf alle Menschen bezogen ist die kapitalartige Verwendung von Geldsummen und damit, wie wir gesehen haben Güter-einkommen, immer eine Verringerung des möglichen Verbrauches zur Erweiterung der Produktionsanlagen.

Es ist deshalb wohl nichts gerechtfertigter als die Forderung, die Verwendung des Wirtschaftsertrages nach rationalen Gesichtspunkten zu regeln, dafür zu sorgen, daß vornehmlich die Aufrechterhaltung und Verwendung von Gütern und Arbeitskräften zur Erweiterung von Produktionsanlagen in einer Weise erfolgt, die keine nutzlose Verschwendung darstellt.

Einer sozialistischen Wirtschaft erwächst hier die wichtige Aufgabe, bewußt das Maß der Ertragsverwendung für den unmittelbaren Verbrauch und für die Erneuerung und die Erweiterung von Produktionsanlagen zu ordnen. Denn das ist selbstverständlich und von niemand schärfer als von Marx betont, daß auch in einer sozialistischen Wirtschaft der Arbeiter nicht seinen „vollen Arbeitsertrag“ erhalten kann, das heißt den Wert, den er unmittelbar durch seine Arbeit hervorbringt; es muß auch dann ein Teil des Ertrages verwendet werden, um die verbrauchten Produktionsmittel (Maschinen usw.) zu erneuern und weiter, um für Verbesserung der Produktionsmittel Aufwendungen zu machen.

Wodurch wird aber in die gegenwärtige Wirtschaft eine gewisse Ordnung gebracht? Wodurch wird vor allem dafür gesorgt, daß dem Verbrauch entzogene Geldsummen und damit Güter- und Arbeitsmengen nutzvoll angewendet werden? Aber die Höhe, in der Aufrechterhaltung, Kapitalbildung, möglich ist, entscheidet ja zu erheblichem Teil schon die Art der Einkommensverteilung. Kleieneinkommen bei wenigen ergibt an sich leicht erhebliche Bildung von Kapital. Nach lebhafter Beleuerung der zuständigen Wissenschaft erfolgt die geordnete Zuwendung des Kapitals auf wirtschaftlich wertvolle Verwendung vor allem durch die Tatsache des Zinses. Der Zins erscheint als ein „Preis“, den man für die Zusage des Kapitals zahlen muß. Seine Funktion auf dem Kapitalmarkt ist es, den Strom des gebildeten Kapitals zur wirtschaftlich richtigen Verwertung hinzulenken. Diese Funktion erfüllt er deshalb, weil nur solche Unternehmungen zur Kapitalaufnahme und Zinszahlung in der Lage sind, die in ihrem Ertrag die Kosten des Kapitals, also den Zins, wieder zu reproduzieren vermögen. Dies ist aber nur bei solchen Unternehmungen und Wirtschaftszweigen der Fall, die die Bedürfnisse einer kaufkräftigen Nachfrage befriedigen. Also wird durch den Zins, der ein erheblicher Kostenbestandteil der Unternehmungen ist, das vorhandene Kapital nur solchen Verwendungsgebieten zugeführt, in denen eine genügende Nachfrage vorhanden ist, seine „wirtschaftliche“ Verwendung wird damit gesichert.

Einschaltend wollen wir hier anmerken, daß die von der Wissenschaft gemeinte „wirtschaftlich richtige“ Anwendung des Kapitals sich nicht ergibt aus der Stärke der wirklichen menschlichen Bedürfnisse, sondern aus der kaufkräftigen Nachfrage, die bestimmte Bedürfnisse entwickelt. Wenn Reichtum einem Teil der Menschen die Möglichkeit gibt, Luxusautos zu kaufen und Armut einem andern Teil die Möglichkeit nimmt, Wohnungen zu beziehen, dann ist die „wirtschaftliche“ Verwendung des Kapitals im Sinn dieser Wirtschaftswissenschaft die zum Bau oder Ausbau von Automotobilfabriken; denn dann kommen die Kosten herein, nicht beim Wohnungsbau. Es ist klar, daß mit solcher Leitung des Kapitalstromes die Arbeiterschaft nicht endgültig zufrieden sein kann. Aber eins ist anzuerkennen: eine gewisse Ordnung wird in den Verlauf der Wirtschaft und insbesondere in die Anlage des gebildeten Kapitals doch gebracht. Wenn sich daraus, wie wir aus den Krisen zur Genüge wissen, keinesfalls eine wirkliche „Ordnung“ ergibt, so findet doch eine gewisse Regelung statt, die als primitives Ordnungsmittel für den Kapitalismus unentbehrlich erscheint. Die Wirtschaftstheoretiker haben nicht so unrecht, wenn sie die Bedeutung des Zinses für die Leitung der Produktion in der gegenwärtigen Wirtschaft verkünden.

Was aber, wenn heute, wo wir dringender denn je ein Haushalten mit den, durch Verminderung des Verbrauches gebildeten Kapitalmengen brauchen, der Zins tatsächlich weitgehend außer Funktion gesetzt, die Wirtschaft auch dieses primitiven Ordnungsmittels beraubt wird? Auch nach anderer Richtung machen wir jetzt die Erfahrung, daß der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft weitgehend gehemmt ist. In der Krise finden nicht, wie Theorie und Erfahrung es fordern, die Preise der Waren.

Wenn der Zins den Kapitalstrom lenken soll, dann ist erforderlich, daß das Kapital überhaupt in den Bereich des Zinses kommt, daß es über den Kapitalmarkt geht. In Spartassen und Banken, aus Ersparnissen, aus den Er-

trägen von Kapitalsanlagen (Aktien, Staatspapieren usw.) und aus Unternehmungsüberschüssen in Geldform findet sich der volkswirtschaftlich verfügbare Kapitalvorrat zusammen (neben dem Zustrom aus dem Auslande, der hier jetzt nicht beachtet sei). Der Kapital aufwenden will, muß es am so gespeisten Marke durch Zinszahlung kaufen.

Neben dem Zustrom zu den offenen Stellen des Kapitalmarktes hat es immer auch eine gewisse „innere“ Bildung von Kapital gegeben. Unternehmungen schütten ihre Gewinne nicht voll aus, zahlen vor allem nicht die ihnen möglichen Löhne, sondern errichten aus den Gewinnen unmittelbar neue Anlagen oder erneuern alte. Die Kapitalsummen, die so verwendet werden, passieren offenbar den Kapitalmarkt nicht; sie werden der Kontrolle des Zinses nicht unbedingt unterzogen. Nicht unbedingt; es kann sein, daß auch dieses Kapital bei der Realkulation der Unternehmung beachtet wird, aber der Zwang hierzu ist viel geringer; denn es entstehen ja bei ihm keine Verpflichtungen nach außen, gegenüber einem Gläubiger.

Wie gesagt, solche innere Bildung von Kapital hat es in gewissem Umfang wohl immer gegeben und es ist auch vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft die dadurch gesteigerte Widerstandsfähigkeit der Unternehmen nicht ohne Nutzen. Aber, wenn solche unkontrollierte Bildungen von Kapital, die nur auf Kosten verringerter Gewinnausschüttungen und Lohnzahlungen möglich sind, beträchtlich werden, dann wird ein erheblicher Teil des volkswirtschaftlich gebildeten Kapitals der als so entbehrlich bezeichneten Kontrolle des Zinses entzogen; die Richtung seiner Verwendung ist völlig willkürlich; es ist die Möglichkeit gegeben, die „ersparten“, dem Verbrauch entzogenen Werte nutzlos zu verputtern. Weiter, es ist dann gar nicht möglich, festzustellen, in welchem Maße überhaupt Kapitalbildung vor sich geht. Wie bedeutsam die Kenntnis und Beurteilungsmöglichkeit dieser Dinge sein kann, zeigt sich darin, daß wir heute anscheinend kein Kapital haben, um die so dringlichen Wohnungen zu bauen. Findet eine innere Kapitalbildung in wesentlich abnormem Maße statt, dann wissen wir aber gar nicht, ob wir nicht zum Wohnungsbau durchaus Kapital zur Verfügung haben könnten; ein Urteil in dieser Richtung ist unmöglich.

Nun ist es ganz unzweifelhaft, daß die gegenwärtige Betriebspolitik sich ganz erheblich durch „Selbstfinanzierung“ auszeichnet. Das wirtschaftliche Ausmaß zu bestimmen ist unmöglich; man kann auch nicht genau feststellen, ob sie in einem wirklich für das Schicksal der Gesamtwirtschaft einflußreichen Maße vor sich geht; aber das ist gerade der vom Arbeiter geübene unmögliche Zustand, daß wir über die heute wirklich vorhandenen Möglichkeiten an Bedarfsverforgung uns kein Bild machen können. Es ist keine akademische Frage, ob man eine eigne menschenwürdige Wohnung haben könnte oder nicht usw. Deshalb muß aller Betreuer unentwegt. Schritt entgegengebracht werden.

Über den Vorgang der inneren Kapitalbildung findet man oft offene Andeutungen in Geschäftsberichten, oft solche, die recht verstet liegen. Jeden Tag stellt aber die Leitüre von Berichten und Handelszeitschriften die Tatsache fest. So heißt es z. B. recht symptomatisch im Geschäftsbericht des Deag-Konzerns (Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft); daß „sich die auf Finanzprognose fremder Mittel verzichtende Politik des ruhigen Auf- und Ausbaus der Werte gütig auszuwirken“ beginne. Bei Besprechung der Papierindustrie im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ heißt es: „Trotz großer Investitionen sind Kapitalerhöhungen in der Papierindustrie nicht besonders häufig gewesen; also müssen beträchtliche offene und stille Rückstellungen aus dem laufenden Ergebnis der letzten Jahre möglich gewesen sein, bei Druckpapier anscheinend über das Synbitat hinweg.“

Wie kann und wird sich volkswirtschaftlich dieser Vorgang auswirken? In einer unwirtschaftlichen Ausdehnung solcher Unternehmungen, die dazu in die Lage kommen. Schwer erarbeitetes Gut, das zum Aufbau lebenswichtiger Wirtschaftseinrichtungen fehlt (denken wir nur wieder bloß an Wohnungen), wird zur Errichtung in diesem Ausmaß nutzloser Anlagen verwendet. Auch dieser Vorgang ist bereits vorhanden, ist nicht mehr nur drohende Gefahr. Auch hier nur andeutend ein Beispiel. In einem Bericht über „Montanaktien“ bemerkte die „Frankfurter Zeitung“, nachdem sie gefragt hat, ob die Kohleexpansion im Ruhrbergbau die Grenze des wirtschaftlich Sinnvollen nicht schon längst überschritten hat, und betonte, daß trotz guten Abfahes nur 50 Proz. der Anlagen ausgenutzt seien: „Die Mittel, die bisher für diese Kohlereibauten benötigt wurden, werden auf etwa 300 Millionen Mark beschränkt, die gesamte Expansion würde nach vorläufiger Schätzung etwa 600 bis 700 Millionen erfordern. Diese großen Beträge sind bisher zum allergrößten Teil aus den laufenden Einnahmen gekommen; ihre Bedeutung für den Gesamterlös der Zechen ist unerkennbar. Hier zeigt sich velleicht doch ein erheblicher Mangel der an sich für die Industrie so bequemen Selbstfinanzierung; er beseitigt die Hemmnisse und Verantwortlichkeiten, die mit der Verwendung fremder Kapitalien verbunden sind.“

Unser Behauptung wird hier — vorsichtig allerdings — bestätigt. Für die Kritik gerade an dem augenblicklichen Zustand unserer Wirtschaft bieten die Tatsachen der Arbeiterschaft eine breite Angriffslinie. Nicht einmal die vom Wiltgeraum selbst als unerlässlich bezeichneten Ordnungsmittel vermögen ihren regulierenden Einfluß geltend zu machen. Für die Arbeiterschaft ergeben sich noch andere Konsequenzen, die hier nicht mehr behandelt werden können. S a n n s M i l l e r

Wo herrscht die größte Arbeitslosigkeit?

Schon aus der Frage im Thema geht hervor, daß wir nicht nur in Deutschland die Massenarbeitslosigkeit haben, sondern daß in mehr oder minder hohem Maße alle Länder davon betroffen sind. Das ist ja auch leicht erklärlich. Denn als deren letzte Ursache stoßen wir immer wieder auf den vor nahezu zehn Jahren beendeten Weltkrieg, der alle wirtschaftlichen Fäden, die früher die einzelnen Volkswirtschaften untereinander verbanden, sah zerschneiden und durch jahrelange systematisch betriebene Wertverminderung einen Kaufkraftausfall auf dem Weltmarkt heraufbeschworen hat. Und welche Staaten von Bedeutung waren nicht an dem Vorkriegsjahren von 1914 bis 1918 beteiligt? Wie das Wirtschaftsübel sich über fast alle Länder erstreckt, so kommt es auch mehr oder weniger heftig in den einzelnen Berufsarten zur Auswirkung, was vor allem auf das häßliche Tempo zurückzuführen ist, das die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegsjahre charakterisiert. Neu entstehende oder plötzlich aufstrebende Industriezweige ziehen Menschen an sich, andre stoßen sie ab. Und zwischen diesem so schnell aufeinanderfolgenden „Sturz und Werde“ liegt ein Hauptursachenherd der Arbeitslosigkeit.

Von den europäischen Ländern hat England die größte Arbeitslosenheer. Unter eine Million ist die Glanzziffer der Beschäftigungslosen dort seit Jahren nicht mehr gesunken. Diese Tatsache zeigt, daß Englands Verlust an Absatzmärkten für seine Waren recht erheblich ist. Ein unverhältnismäßig großer Teil der Arbeiterbevölkerung des britischen Inselreiches lebte einst von der Warenausfuhr nach andern Staaten. Diese haben während des Krieges eigne Industrien entwickelt, sind damit zum Selbstversorger geworden und fertigen die Produkte, die einst englische Arbeiterhände angefertigt haben, selbst. Ein weiterer Grund, daß England begünstigt des Arbeitsmarktes schwere Sorgen hat, sind die Reparationsleistungen, die vor allen wir an „Siegerstaaten“ zu entrichten haben. Wenn heute Belgien, Frankreich und Italien deutsche Kohle auf Reparationskonto, also umsonst, geliefert bekommen, so fällt damit die Einfuhr englischer Kohle weg, und der englische Bergmann wird wegen „Mangel an Absatz“ entlassen. Wir sehen also, daß der Krieg und die Tatsache, daß ihn England gewonnen hat, Ursachen dafür sind, daß dort auf 1000 Einwohner 25 Erwerbslose entfallen. (In Deutschland zurzeit etwa 12.) Am stärksten unter den Arbeitslosen vertreten sind die Metallarbeiter, denen in weitem Abstand Textilarbeiter, Maurer, Holzarbeiter und Lederarbeiter folgen.

Ebenfalls ein Arbeitslosenheer von über einer Million finden wir in Rußland. Die erreichbaren Ziffern liegen allerdings bis Anfang dieses Jahres zurück. Damals wurde amtlich die Ziffer von 1 1/2 Millionen veröffentlicht. Wenn auch anzunehmen ist, daß infolge des agrarischen Charakters der russischen Wirtschaft während der Sommermonate der Arbeitsmarkt eine fühlbare Erleichterung erfahren hat, so dürfte doch auch jetzt die Ziffer etwa bei einer Million liegen. Das besagt, daß bei 116 Millionen Menschen, die allein das europäische Rußland zählt, auf 1000 Einwohner etwa 9 Arbeitslose entfallen. Wenn wir bedenken, daß in einem Industriezweig die Arbeitsmarktverhältnisse im allgemeinen ungünstiger liegen als in Landwirtschaftsstaaten, so können wir erkennen, welch heftige Wirtschaftskrise jetzt auch Rußland zu durchleben hat.

Die dritthöchsten Arbeitslosenziffern von den europäischen Ländern hat Deutschland. Der saisonmäßige Rückgang während der Sommermonate ist zwar eingetreten, aber das Absinken geschieht in langsamerem Tempo als es in den vorhergehenden Jahren der Fall war. Wir zählten in den letzten beiden Jahren an Hauptunterstützungsempfängern und Krisenunterstützten:

	1927	1928
15. Januar	1 972 131	1 599 383
15. März	1 658 913	1 412 593
15. Juli	673 654	669 413

Aus dem, im Vergleich zum Vorjahre, verlangsamten Tempo, in dem sich die saisonmäßige Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes vollzieht, wird vielfach auf eine Konjunkturwende geschlossen. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die Erwerbslosenziffern wohl ein recht wertvoller Gradmesser in der Konjunkturbeobachtung sind, daß sie aber doch nur eine Erscheinung von vielen sind, aus denen mit einiger Sicherheit die Gesamtlage zu beurteilen ist. Das wichtigste Mittel, ein weiteres Absinken der Arbeitslosenziffer zu erreichen, ist Kräftigung der Kaufkraft des Inlandsmarktes, vor allem durch Lohnerhöhungen.



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Gustav Berger in Leipzig
Eingetretten: 17. August 1878 — Firma Oscar Brandtler



Verhältnismäßig gering ist die Arbeitslosigkeit in den westeuropäischen Ländern, deren Währung erst kurze Zeit stabil ist, also Frankreich und Belgien. Während Frankreich so gut wie gar keine Arbeitslosen zählt (etwa 3000), hat das nur etwa den sechsten Teil soviel Einwohner zählende Belgien über 30 000 aufzuweisen. Besonders der Textil- und Lederindustrie zeigt schwierige arbeitsmarktliche Verhältnisse. Holland, das etwa eine halbe Million Einwohner weniger hat als Belgien, zählt zurzeit rund 20 000 Erwerbslose. Hier sind vor allem in der Metallindustrie und im Holzgewerbe schwierige Verhältnisse, während der Arbeitsmarkt im Baugewerbe und in der Bekleidungsindustrie eine starke Entlastung erfahren hat.

Eine starke Welle der Arbeitslosigkeit geht auch durch die nordischen Länder. Wenn wir berücksichtigen, daß Dänemark, Schweden und Norwegen zusammen nur etwas über elf Millionen Einwohner zählen und in Betracht ziehen, daß in dem gewerkschaftlich organisierten Norwegen in März dieses Jahres mehr als 24 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder außer Arbeit standen, während in demselben Monat in Schweden 13,3 Proz. und in Dänemark 21,3 Proz. aller gewerkschaftlich organisierten ohne Beschäftigung waren, so zeigen diese Zahlen, welche Ausmaße die Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Staaten angenommen hat. An der Spitze der schlecht beschäftigten Industrien steht das Holzgewerbe, aber auch in der Metall- und Lederindustrie hat die Arbeitslosigkeit einen bedenklich hohen Stand erreicht.

Noch ein Wort über die Arbeitsmarktverhältnisse in Polen, den Donaufaaten und Italien. Polen hat mit

fast allen seinen Nachbarn nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich dauernd Streit. Wir leben mit Polen schon über drei Jahre im Handelskriege. Es ist aber auf die Ausfuhr seiner Produkte angewiesen, und weil diese durch dauernde Konflikte gehindert wird, ist große Arbeitslosigkeit die unausweichliche Folge. Zurzeit dürfte Polen etwa 150 000 eingetragene Erwerbslose haben, wobei zu beachten ist, daß die wirkliche Zahl erheblich höher liegt. Besonders die Schwerindustrie in Oberschlesien und Dombrowa, aber auch die Wandwirtschaft gibt Arbeitskräfte ab, die teilweise als Wanderarbeiter im Auslande Beschäftigung suchen und in beschränktem Maße auch finden. Besser als Polen hat es der junge tschechische Staat verstanden, sich in die Weltwirtschaft einzufügen. Der tschechische Export hat sich in den letzten Jahren zunehmend gehoben, wobei allerdings gesagt werden muß, daß diese Position, wie es die Schuhindustrie recht deutlich zeigt, auf Kosten der Arbeiterschaft geht. Ziemerlich hat auch die tschechische Arbeiterbewegung von annähernd 17 000. Größe sich wieder die Hemmungen auf dem Weltmarktes in Österreich, das bei 6 1/2 Millionen Einwohnern 150 000 Arbeitslose zählt. Hier liegen die Schwierigkeiten vor allem in der Metallindustrie, dem Baugewerbe, in der Textilbranche, dem Holzgewerbe und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Auch in Italien steht die Erwerbslosenziffer zwischen 300 000 und 400 000, woraus hervorgeht, daß auch dieses Land alle Ursache hat, mit seinen Nachbarn in wirtschaftlichen Frieden zu leben. Mussolinis Gebahren war nicht gerade immer dazu angetan, diesen Eindruck zu erwecken. Trotzdem dort alles getan worden ist, um die heimische Industrie zu fördern, konnte die Arbeitslosigkeit nicht einmal wirksam eingedämmt werden.

Diese Betrachtung zeigt, daß fast jedes europäische Land seine Sorgen hat, gar nicht zu reden von dem wirtschaftlichen „Wunderlande“ in Merita, wo die Arbeitslosigkeit (wie wir erst kürzlich in mehreren Artikeln auseinandergesetzt, Red.) einen für europäische Verhältnisse ungeheuren Hochstand erreicht hat. Eine Beseitigung dieses Grundüblems muß u. a. dadurch erstrebt werden, daß dem zwischenstaatlichen Güterverkehr keine künstlichen Hemmungen bereitet werden, also durch eine freihändlerisch orientierte Zollpolitik. Dann, wenn sich alle Kräfte entspannen können, wird auch die Arbeitslosenwelle eine Eindämmung erfahren. Die freien Gewerkschaften haben diese Auffassung stets vertreten, aber nur durch wachsenden Einfluß auf Staat und Wirtschaft können sie wirksam an der Beseitigung des sozialen und wirtschaftlichen Abstandes „Arbeitslosigkeit“ mitwirken. F. W.

Das Genossenschaftswesen

Die Wirtschafts- und Finanzkraft der „Arbeitnehmer“.

Als „Arbeitnehmer“ im weiteren Sinne des Wortes gelten hier alle Gehalts- und Lohnempfänger. Auf sie stützt sich die konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands. Und von 15 bis 16 Millionen Familien der deutschen Bevölkerung sind auch schon nahezu 4 Millionen konsumgenossenschaftlich organisiert, also ein volles Viertel. Es stehen noch 8 Millionen Arbeitnehmerfamilien, deren Wirtschaftsinteressen von der konsumgenossenschaftlichen Organisation in der Warenversorgung gewahrt werden. Wenn sie von der Bedeutung ihrer gesammelten, organisierten Wirtschafts- und Finanzkraft erfüllt wären, so würden sie erkennen, daß sie nicht nur „Arbeitnehmer“, sondern die eigentlichen Arbeitgeber in der deutschen Volkswirtschaft sind.

Das deutsche Volk verbraucht jährlich für etwa 30 bis 32 Milliarden Mark Waren, Lebensmittel usw. Die Gehalts- und Lohnempfänger können durch die Konsumgenossenschaften mindestens die Hälfte dieser riesigen Summe „konsumieren“. Was bedeutet, daß zahllose bestehende Fabriken zu Genossenschaftsunternehmungen umgewandelt

Krimmichauer Textilarbeiterstreik 1903

Am 21. August sind es 25 Jahre, daß in einem der größten Textilzentren Deutschlands, in Krimmichau in Sachsen, ein Streik seinen Anfang nahm, der in der Art seines Entstehens und seines Abdrucks, in seinen Auswirkungen wohl zu den aufschlußreichsten hinsichtlich des Verhaltens einer scharfmachtigen Unternehmerschaft in Gemeinschaft reaktionärer Behörden ist. Gleichzeitig geben dieser Streik und seine Ursachen ein Bild von der damaligen unerhörten drückenden Lage der Arbeiterschaft und ihrem beispiellosen Ringen um die primitivsten Grundlagen eines menschenwürdigen Daseins, wie er auch andererseits ein Vorbild von bewundernswürdiger Selbstdisziplin und gewerkschaftlicher Schulung der Streikenden war.

Krimmichau ist infolge einer schon früh ausgedehnten industriellen Tätigkeit eine der Städte, in denen die gewerkschaftliche Arbeit schon früh einsetzte. Die scharfensozialen Ausbeutung, besonders der Frauen- und Kinderarbeit, machte gewerkschaftliche Schritte ständig notwendig. Bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde zum ersten Male der Versuch gemacht, diesem ständalösen System entgegenzutreten. In der Gründerzeit der sechziger Jahre waren die Verhältnisse durch den Übermut der Fabrikanten besonders drückend geworden. Zwölfs- und vierzehnstündige Arbeitszeiten mit unzulänglichen Arbeitspausen waren die Regel. Im Oktober des Jahres 1882 wurde zum erstenmal eine größere Aktion zugunsten des Eifundentages erfolgreich durchgeführt.

Als nach dem Zusammenbruch der übersteigerten Industrietätigkeit in den folgenden Jahren die Unternehmer dazu übergingen, Arbeiterentlassungen in größerem Umfang durchzuführen, wandten sich die Arbeiterorganisationen an die Behörden um Schutz. Die Unternehmer klümmerten sich jedoch keineswegs um die gesetzlichen Vorschriften. Die Lage der Arbeiter wurde immer drückender, sie stellten den Antrag auf zehnstündige Arbeitszeit. Von Anfang an betonten die Arbeiterorganisationen, daß es ihnen stets auf eine friedliche Regelung der Arbeiterverhältnisse innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten ankomme. Sie dokumentierten hiermit den Willen zu gesetzgeberischer Arbeit auf dem Gebiete der Arbeitsfürsorge. Die Aussicht, ihr Verlangen auf friedlichem Wege zu erreichen, schien um so größer, als einzelne Unternehmer infolge des Konjunkturrückgangs für den Zehnstundentag eintreten.

Am 25. Juli 1903 beauftragte eine Versammlung von 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen die Verbandsleitung der Textilarbeiter, Schritte wegen Einführung des Zehnstundentages zu unternehmen. Im dem Glauben, durch Verhandlungen mit einzelnen die Arbeiter von ihrem Vorhaben abzubringen, widerlegte sich die Unternehmerschaft den Beratungen mit der Zentrale. Sie ließ kein Mittel unversucht, den Arbeitern in den Betrieben einzureden, daß sie nur das Mittel ehrgeiziger gewerkschaftlicher und politischer Mäße ihrer Führer seien. Der Arbeiter wurde auf die härteste Probe gestellt. Da die Unternehmer schon die Lieferungsverträge in der Tasche hatten und die Arbeit für die Frühjahrsaufträge begonnen werden mußte,

wollten sie mit der Ausführung der Lieferungen beginnen. Durch Verhandeln erzielten es die Unternehmer, daß schon eingereichte Kündigungen ungültig sein sollten. Eine große Versammlung von Arbeitern beauftragte die Lohnkommission, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Dieses Verlangen wurde seitens der Unternehmer abgelehnt. Im Gegenteil, durch einen rigorosen offenen Brief lehnten sie überhaupt weitere Verhandlungen ab und ließen es auf eine Machtprobe ankommen. Sie wurden in diesem Vorgehen ganz offensichtlich durch die Behörden unterstützt. Die Behörde forderte die Arbeiter ohne gesetzlichen Grund zur Einreichung ihrer Gewerkschaftsmitgliedsbücher auf. Die Lohnkommission, die rechtmäßige Beauftragte der Arbeiterschaft, wurde von Seiten des Volksgelichtsrats gänzlich ignoriert. Als die Arbeiter in fünf überfüllten Versammlungen durch ihre Beauftragten, die Angehörigen der Verbandsleitung waren, gegen die einseitige Stellungnahme der Behörde und die unerhörliche Haltung der Unternehmer protestierten, wurden die Versammlungen durch die Behörden gesperrt. Man wollte eben die Arbeiterschaft zu unerantwortlichen, ungeheuerlichen Taten provozieren. Die Empörung der Arbeiterschaft war durch dieses unerhörte Verhalten der Behörde so gestiegen, daß die Folge eine einmütige Niederlegung der Arbeit am nächsten Tage, am 21. August, war. Doch bewährte man so viel Selbstdisziplin, daß man die Anordnungen der Zentralkommission aufs genaueste befolgte, und erst am Sonnabend, dem 22. August, abends, nach Beendigung der Arbeitszeit, in den Streik trat. Von diesem Abend an feierten

und zahllose neue erichtet werden müßten, Kapitalprofit und Kapitalrisiko verschwinden, mit Kartellen, Syndikaten und — Monopolpreisen. Die Ersparnis würde bei besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen von Hunderttausenden Gehalts- und Lohnempfängern in den Genossenschaftsbetrieben bei einem Umsatzebetrag von 15 bis 16 Milliarden Mark mindestens 2 Milliarden — zweitausend Millionen Mark — betragen. Jährlich! Und es wäre unmöglich, daß Unternehmer und Handelsvertreter dem Handel nicht nur die Einkaufs-, sondern auch die Verkaufspreise vorschreiben könnten, die die Verbraucher bezahlen müssen. Eine Tatsache, die heute nur möglich ist, weil der Privathandel keine Kraft und auch kein Interesse besitzt, sich gegen die Preisvorschriften der Kartelle zu wehren, weil er häufig dazu noch mehr verdient, gegen die Konkurrenz gekämpft ist, und vor allem weil die Monopolpreise ja doch von den Verbrauchern in Stadt und Land bezahlt werden.

Ist so die Wirtschaftskraft der Verbraucher — Konsumgenossenschaftlich organisiert — eine ungeheure, so daß sie ihn zum wirklichen Arbeitgeber in der Volkswirtschaft macht, so kommt man zum gleichen Ergebnis bezüglich ihrer Finanzkraft. Denn der Multiplikator wird durch die Masse gebildet. Schon bei einem Gehaltsanteil von 30 %, wie er fast allgemein für jedes Mitglied in den Konsumgenossenschaften aus den Rückvergütungen vom Warenumsatz gebildet wird, also nicht vorher eingezahlt ist, ergibt sich bei einem Stande von 12 Millionen Gehalts- und Lohnempfängern ein eigenes Betriebskapital von 360 Millionen Mark. Und mit nur 40 Millionen Mark Betriebskapital finanzieren heute schon die Konsumgenossenschaften einen jährlichen Warenumsatz von 1000 bis 1200 Millionen Mark. Dabei liegen aber auch schon nahezu 300 Millionen Mark in den Sparkassen der Konsumgenossenschaften. Bedeutet man nun, daß vor dem Kriege die deutschen Sparkassen in 22 Millionen Sparbüchern 19 Milliarden Mark von Lohn- und Gehaltsempfängern aufgestapelt hatten, so erkennt man auch ihre ungeheure Finanzkraft. Eine Finanzkraft, die hinreichend wäre, um jede Konsumgenossenschaftliche Unternehmung zu finanzieren und rationell zu gestalten. Ja, würden die 12 Millionen Familien der Gehalts- und Lohnempfänger die errechnete Ersparnis im Betrage von 2 Milliarden Mark jährlich aus ihrer Wirtschaftskraft den Konsumgenossenschaften zu Antriebe überlassen, so könnten ihnen in 10 Jahren — und was ist dies für ein kleiner Zeitraum in der Volkswirtschaft! — 20 Milliarden Mark zur Verfügung, ohne daß auch nur ein Pfennig von Gehalt und Lohn dazugekommen wäre! Man sieht: Die Wirtschafts- und Finanzkraft der Gehalts- und Lohnempfänger ist unerschöpflich. Dem Privathandel unbedingt überlegen. Aber sie muß Konsumgenossenschaftlich organisiert sein.

Organisiert sei!

ff.

Korrespondenzen

Chemnitz. (D r u c k e r.) Durch das freundliche Entgegenkommen der Direktion der Bogtdänischen Maschinenfabrik Plauen, der „Bomag“, hatte unser Verein Gelegenheit, die Abteilung „Druck“ zu besichtigen. Es beteiligten sich an dieser Fahrt nach Plauen etliche 30 Kollegen, darunter erfreulicherweise eine Anzahl jüngerer. Unter Führung Plauener Kollegen ging es zunächst ins neuerrbaute „Gewerkschaftshaus“, um sich hier die Beschäftigung zu stärken. Am Werk wurden wir schon erwartet, von mehreren Herren empfangen und zunächst in die große Halle für Doffmaschinen geführt. Herr Oberingenieur W i e g a n d betonte in seiner kurzen Begrüßungsansprache, wie das Werk als eins der jüngsten auf dem Gebiete des Rollen-druckes es verstanden habe, sich eine führende Stellung zu schaffen und heute an erster Stelle stehe. An den nun vorgeführten Maschinen für Hand- und Apparatenanbau, Ein- und Mehrfarbendruckmaschinen konnte die überall leichte Zugänglichkeit, Übersichtlichkeit und die präzise arbeitende eigenartige Ausführung der Bogen festgestellt werden. Tief doch eine Mehrfarbendruckmaschine mit „Rotary“ in einer

Stundengeschwindigkeit von 4500 Druck! Aufmerksamkeit wurden die dazu gegebenen Erklärungen des Herrn Wiegand entgegengenommen. Es ist da wohl manchem Kollegen ein „Licht“ ausgegangen über diesen unsern Rivalen, wie auch die später ausgelegten Drucke von diesen Maschinen gleich die so notwendige Augenweitung für uns bewiesen: Nicht zu rasen, alles zu tun für die Weiterbildung der Kollegen, denn nicht Wissen, sondern Können ist in diesem Falle Macht. Nun ging es in die große Halle für Buchdruckrollationen. Da war des Staunens kein Ende über diese gigantischen Maschinen. Der diese Abteilung leitende Ingenieur vermittelte auch hier ausführliche Erklärungen, ließ durch die anwesenden Monteur Maschinen die gestellten vielfachen Fragen bereitwilligst. Man bewunderte eine Heftseite, aber auch die Länge einer „Alfstein“-Apparatmaschine erregte Staunen. Die Vorführung des „Drex-Antiriches“ war den Kollegen besonders interessant, kann doch mit Leichtigkeit und in wenigen Augenblicken die 10—12 Zentner schwere Rolle verankert und mit dem Gang der Maschine in Einklang gebracht werden. Es folgte nun noch eine Besichtigung der Räderfräs-Automaten, der großen Zylindererei, der großen Hobel- und Bohrmaschinen und zum Schluß der Halle der Stereotypie. Auch hier wurden überall leichtverständliche Ausführungen gegeben und so ein Einblick in die großen Anlagen dieses einen Zweiges der „Bomag“ gegeben, so daß wohl jeder Kollege von der bald drei Stunden währenden Besichtigung reiflos berichtet war. In der Kantine wurde uns dann noch überaus freundlich und dankenswerterweise ein fräftiger Imbiss dargereicht. Es sei auch an dieser Stelle nochmals der Dank an die Firma und an die Herren, die sich uns zur Verfügung gestellt hatten, ausgesprochen. Am Nachmittag wurde, wieder unter Führung Plauener Kollegen, denen wir gleichfalls danken, ein Spaziergang ins herrliche Syratal unternommen.

Darmstadt. (D r i t t e r M i t t e l r h e i n i s c h e r K o r r e k t o r e n t a g a m 29. J u l i 1928 i m R e s t a u r a n t „Bürgerhof“.) In Abwechslung der letzten sehr heißen Tage landete Jupiter Pluvius gerade noch zur rechten Zeit eine angenehme Abkühlung zu unserer Tagung, die dann aber vom schönsten Wetter begleitet war. Der Besuch derselben war ein überaus erfreulicher, nahezu fast alle zu unserm Vereinsgebiet gehörigen Kollegen waren anwesend. Als Ehren Gäste waren erschienen die Kollegen Repek (Frankfurt), Conabi (Mannheim), Wolfart (Darmstadt), Kronenberger (Mainz) und Junior (Wiesbaden). Ein vorzüglich gelungenes Doppelquartett Darmstädter Sangeskollegen leitete mit einer Hymne auf Gutenberg und unsre Kunst zu den Verhandlungen hinüber und erntete reichen, wohlverdienten Beifall. Den Verhandlungen den besten Erfolg wünschend, entbot sodann Kollege G u t h a r d t, als Leiter der Tagung, den Willkommen und begrüßte im besonderen die Vertreter der Gau- und Bezirksverbände und die miterschiedenen Damen. Zum ersten der beiden auf der Tagesordnung stehenden Referate hatte sich in erfreulicher Weise Gauvorsitzer Kollege Repek (Frankfurt) verpflichtet und das zweite hatte Kollege T e l l e n b r ö c k e r (Frankfurt) übernommen. Beide Referate über „Heberrichter des von“ ihnen gewählte Thema „Werben und Wirken der Gewerkschaftsorganisationen“ bzw. „Schwierigkeiten der deutschen Rechtsprechung“ in meisterhafter Weise und fanden äußerst dankbare Zuhörer, die ein sichtlich Interesse für die gemachten Ausführungen an den Tag legten. Die Berichte der Ortsverbände waren im allgemeinen kurz gehalten. Sie boten Erfreuliches und weniger Erfreuliches. In der Hauptsache aber konnte man mit dem Ergebnis des Ganzen zufrieden sein. An Anträgen lag nur ein einziger von der Frankfurter Vereinigung vor, und dieser wurde nach einer reaktionellen Klärung einstimmig angenommen und der Zentralkommission übermietet. Seine Forderung gipfelte in einer höheren Korrektorentlohnung und mehr Achtung vor der Korrektorenarbeit. Der Punkt „Vorbereitung des Deutschen Korrektorentages im nächsten Jahre in Frankfurt a. M.“ führte zu keiner großen Debatte, da man die Zeit noch als zu früh erachtete. Ein erst in etwas vorgerückter Stunde eingebrachtes gemeinschaftliches Mittagessen trennte den geschäftlichen vom unterhaltenden Teil, indem dem ersten ein Ausflug nach dem benachbarten Oberstadt a. d. Bergstraße folgte. Dort angekommen, entwickelte sich sehr rasch eine Fidelitäts, die nicht besser sein konnte. Humoristische Vorträge, Chorlieder und musikalische Darbietungen wechselten in bunter Reihenfolge

mit allerlei andern Kurzweil, wie Damenquadräteln usw. Die Stunde des Abschieds mochte leider nur allzubaub zum Aufbruch, aber jeder nahm das Bewußtsein mit sich, wieder einmal einen anregenden und schönen Tag zugleich unter seinen Spartenossen verbracht zu haben. Der Schreiber dieses kann darum auch den Bericht nicht schließen, ohne im Namen aller Teilnehmer der kleinen, aber rührigen Vereinigung Darmstadt besten Dank zu sagen für die schöne geistliche Veranstaltung und das gute Gelingen der Besamtagung.

Heilbronn. Unser diesjähriges Johannesfest, zu welchem die Heilbronner Kunstjünger mit ihren Angehörigen erwartungsvoll gekommen waren, gestaltete sich zu einem idealen Festabend. Der zweite Vorsitzende, Kollege H e i n r i c h, gedachte in eindrucksvoller Rede der bahnbrechenden Erfindung unsres Altmeisters Gutenberg, dessen Wert am besten gelehrt wird, wenn wir als tüchtige Buchdrucker und freie, frohe Menschen zielbewußt unsern Weg pilgern. Eine leistungsfähige Musikkapelle sowie die hervorragenden Vorträge des Gesangsvereins „Gutenberg“, unter Leitung von Hauptlehrer Franz, ließen schnell edle Freierstimmung aufkommen. Was uns Herr Opernsänger Friede mit seinen Solovorträgen bot, war vollendete Kunst. In der schlicht natürlichen, vornehmen Vortragart des Künstlers wirkte die Kraft und Heiligkeit des Liedes mit zwingender Gewalt. Es wurde uns zum Erlebnis, eine außerordentliche Hauptversammlung beschaffte sich mit der Neumahl eines Vorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende, Kollege R. Käpfele, mußte krankheitsbedingt von der Ortsvereinsleitung zurücktreten. Gewählt wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Kollege Otto Heinrich. Den ausgeschiedenen Kollegen Käpfele begleiteten Dank und Wünsche der Mitgliedschaft. Mit besonderer Anerkennung wurde dessen gedacht, wie er in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender in einer ersöhnlichen Firma in undankbarer, gemühtender Arbeit mannhaft die Interessen seiner Kollegen vertreten hatte.

Allgemeine Rundschau

Sperre über eine Wiener Drucker. Der Reichsverein der österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter hat über die Drucker J. K u r e in Wien, 1. Bezirk, Ebenbofer Straße 8, die Sperre verhängt. Vor Konditionsannahme in dieser Drucker seien unsre reichsweiligen Kollegen dringend gewarnt.

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer Darmstadt haben die Segetkollegen C h r i s t i a n M e i e r e r und W i l h e l m B e n z sowie die Druckerkollegen M a r t i n S e m p e l und A d o l f K e e l e ihre Meisterprüfung mit Erfolg bestanden. — Vor der Handwerkskammer in Aurlach haben die Kollegen F r a n z S t e l t e r und G e o r g K i h n e r c h die Meisterprüfung mit dem Prädikat „Gut“ bestanden.

Zur Arbeitsmarktfrage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenfrage in unserm Verband im Monat J u l i erstreckte sich auf 204 Mitgliedschaften; 25 von diesen landten keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliedschaft betrug 80424 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 3729 (gegen 2626 im Juni). Verkürzt arbeiteten 656 (gegen 261 im Juni), und zwar bis zu acht Stunden 450, 9 bis 16 Stunden 142, 17 bis 24 Stunden 53 Mitglieder, und mehr als 25 Stunden 11 Mitglieder.

Schwerer Motorradunfall. Ein schwerer Motorradunfall, der zwei Todesopfer forderte, ereignete sich am Sonntag, dem 12. August, früh gegen 7½ Uhr, auf der Chaussee Rutenburg-Gumbinnen in der Nähe von Gewisskehmen. Das mit dem Schriftgießer F r i s c h w e r m e r (Inferburg) und dem Lehrer Kurt Endruweit aus Gillschken, Kreis Insterburg, besetzte Motorrad fuhr aus noch nicht geklärter Ursache gegen einen Chausseefelsen. Schwermere war sofort tot. Endruweit wurde schwer verwundet in das Gumbinner Krankenhaus gebracht, wo er am Abend verstarb.

Ein Exportartikel für Zeitungsdruckpapier. In Kopenhagen hat vor einiger Zeit eine Besprechung der Fabrikanten von Zeitungsdruckpapier stattgefunden, die sich mit der Gründung eines Weltzentrums beschäftigte. Als Produktionsländer kommen nur die nadelwäldreichen Länder auf der nördlichen Halbkugel in Europa, hauptsächlich Skandinavien, Deutschland und England, in Betracht. Die Vereinigten Staaten verbrauchen ihre ganze Produktion selbst, während Kanada in der ganzen Welt das größte Export-

9000 Menschen in Krimmitschau, das damals 23 000 Einwohner zählte. Die Arbeiterschaft hatte alle Mittel versucht, auf gesetzlichem Wege zu ihrem Recht zu gelangen, sie hatte nichts verkannt, den damaligen sächsischen Minister v. M e h s c h, der sich sonst immer als „Arbeiterfreund“ ausgespielt hatte, zu einem gesetzlichen Eingreifen zu veranlassen. Vergebens. Erst als alle Mittel erschöpft waren, griff man zu dem letzten und schwersten!

Der Kampf wurde außerordentlich. Ganz Deutschland, ja die ganze Welt sah damals dem grandiosen Ringen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen einer ungerechten Unternehmerschaft, die im Verein mit korrupten staatlichen und sächsischen Behörden die Arbeiter zu Lohnflüchtlern herabdrückten wollten, und einem nach Aufstieg und menschenwürdigen Dasein emporkämpfenden Proletariat zu.

Alle Schikane der Behörden, wie Verbot des Streikpostens, Besuche zu Provozierungen, alle Lockungen der Unternehmer, die Arbeiter sogar in ihren Wohnungen besuchten, ihnen, falls sie die Arbeit wieder aufnahmen, 60, 70 und 80 M. Vergütung versprochen, ja, daß der Unternehmerverband sogar so weit ging, ihnen eine Wochenprämie von zwei Mark zu versprechen, waren vergebens gegenüber dem unerhöhrlichen Willen der Arbeiter, im Kampfe für ihre gerechte Sache standhaft auszuharren.

Ihr Kampf wurde durch Beihilfen der Zentralverwaltungen, durch die freundliche Unterstützung ihrer Arbeitskollegen aus dem ganzen Reich und sogar aus dem Ausland unterstützt.

Die Unternehmerschaft ging dazu über, sich die Arbeitskräfte von außerhalb zu verschaffen, besonders auf Bayern und Böhmen hatte man es abgesehen. Die Beauftragten der Arbeiterschaft waren dagegen gewappnet, man setzte sich auf die Bahn und verbot, die Arbeiter schon in ihrem Heimatbezirk zu warnen. Es entspann sich ein richtiger Guerillakrieg zwischen den Arbeitern und den Unternehmern und ihren Helfern, den Behörden. Um die angeworbenen Arbeiter von jedem Zusammentreffen mit den streikenden Arbeitern fernzuhalten, verstaute man sie in Sonderwagen der Eisenbahn, die unter polizeilicher Bewachung standen. Das half nichts. Die Krimmitschauer Arbeiterschaft fand neue Mittel, die fremden Arbeiter vor unsolidarischer Haltung zu bewahren. Sie versuchte, sie am Bahnhof abzufangen. Die Behörde verbot den Arbeitern den Aufenthalt am Bahnhof, während sie den Unternehmern einen Wartesaal zweiter Klasse zur Verfügung stellte und die Bahnhofsaktion durch Landespolizei erstete. Polizei beschlagnahmte Flugblätter, Polizei trieb jede Versammlung auseinander. Ja, selbst als man im benachbarten Altenburg die Versammlung abhalten wollte, wurden diese auf Ansuchen der sächsischen Behörden untersagt. Man scheute sich nicht, jede Ansammlung von mehr als drei Menschen für verboten zu erklären und somit tatächlich einen Belagerungszustand zu verhängen.

In seiner Reichstagsrede vom 10. Dezember brandmarkte Bedel das Vorgehen der Unternehmer und Behörden aufs härteste. Sozialpolitiker wie Brentano und Gruber stellten sich auf die Seite der Arbeiterschaft. Die Krimmitschauer

Behörden und Unternehmer kümmerten sich darum nicht. Ja, zu ihnen gestellten sich Weingarten noch die Pfarrer, die das Verhalten der Arbeiterschaft furchtbar nannten.

Der Streik dauerte jetzt fünf Monate. Von Seiten der Arbeiterschaft war man willens, auch weiterhin alles zu ertragen in dem Glauben und der Bereitschaft, für eine größere Sache weiterzukämpfen. Noch besaß man die Mittel, den Kampf weiter durchzuführen. Die Verluste der Unternehmer waren enorm. Es drohten bei weiterem Streik unüberschaubare Verluste, eine Schwächung der Industrie auf lange Zeit. Da aber die Zentrale der Arbeiterschaft den Streik nur im Rahmen allgemeiner Möglichkeiten führen wollte, da ihr von vornherein das Gemeinwohl näher als alles andre stand, und sie erkannte, daß durch eine zu große Schwächung ja auch die Möglichkeit schwinden müßte, der Arbeiterschaft das zu geben, wofür sie so mutig kämpfte, entschloß sie sich, den Streik abzugeben. Schwere Herzen entschlossen sich am 17. Januar 1904 der Vertreter der Generalkommission, Legien, und der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Hübner, aus wohlwolligen sozialpolitischen Erwägungen heraus, daß man bei Weiterdauer des Streiks alle Forderungen der Arbeiterschaft hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit gefährden würde, zum Abbruch. Sie taten es in dem Bewußtsein, daß die Solidarität der Arbeiterschaft und das Verhalten der Krimmitschauer Textilarbeiter der Welt gezeigt hatten, welcher glänzenden Disziplin und bewundernswerten Opferbereitschaft die Arbeiterschaft im Kampf um berechtigte Forderungen fähig war. Möge unsre Jugend daran lernen!

Verbandsnachrichten

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die belagigte Adresse): Im Gau für die Saale der Stereotypen Rudolf Kiehn...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

München. Auch und Reimann des Sebers Friedrich...

Veranstaltungskalender

Dresden, Korrektorenversammlung Sonntagabend, den 27. August...

Böhm. Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastenvereinigung...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die Siebensepaltene Millimeterhöhe für Stellen...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst...

Jeder Cigarettenfabrikant behauptet von sich, daß er die besten Cigaretten herstellt.

Solche Behauptungen sind weder beweisbar noch widerlegbar, da dem Raucher fast stets die Möglichkeit der Nachprüfung fehlt.



Wir haben daher mit dem Prinzip der Fabrikation hinter verschlossenen Türen gebrochen und verweisen auf Tatsachen, von denen sich jeder überzeugen kann.

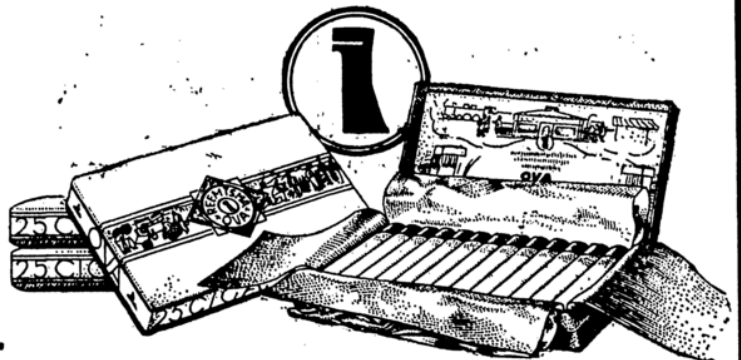


Unsere Leistungen haben uns das Vertrauen des Rauchers gebracht, und zwar mit den

REEMTSMA CIGARETTEN

OVA

Araberformat 5 Pf.



REEMTSMA A.-G. FABRIKEN FÜR HOCHWERTIGE ORIENTCIGARETTEN

Brandenburgischer Maschinensekretärverein

Sonntag, den 9. September, vormittags 10 Uhr...

Festversammlung

zur Feier des 25jährigen Bestehens der Zentralkommission der Maschinensekretäre Deutschlands...

Musikalische und humoristische Darbietungen. Für Mittagessen ist ausreichend vorgesorgt.

Die Vorstände der Sparten sind hierzu herzlichst eingeladen. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Sonntag, den 7. Oktober, in den „Kammerflöten“:

28. Stiftungsfest

Beginn 5 Uhr. Einlass 4 Uhr. Eintrittskarten in der September-Versammlung und im Bureau, Ritzstraße 2. Der Vorstand.

Höhere Fachschule für das graphische Gewerbe

an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Darmen. Viersemestrige feste Lehrgänge für Satz und Buchdruck, Stein- und Offsetdruck, Chemigraphie, Photo lithographie...

Abgeschlossener. Erteilung des Zeugnisses der mittleren Klasse bei bestandenem Studium. Semesterbeginn am 1. Oktober.

Zweckmäßiger, ein flottes und lauderes Abgeben gewöhnlicher Maschinenmeister

Maschinenmeister

der in allen vorkommenden Druckarten auf der Höhe steht und auch im Illustrations- und Farbenbuch reiche Erfahrung besitzt...

Verlag: Traubhandverwallung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.

Reichsstellen der Korrektoren anlässlich der „Bressa“

am 25. und 26. August, im Felsenpalast in Köln a. Rh., Felsenplatz 26

Programm: Sonntag, den 25. August, abends 8 Uhr: Empfang der Gäste aus dem Reich...

Sonntag, den 26. August, vorm. 10 Uhr: Festakt im großen Saale des Felsenpalastes unter Mitwirkung des Gesangsvereins Gutenberg...

Die an der „Bressafahrt“ teilnehmenden Berliner Kollegen treffen sich am 24. August um 22 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof im Wartesaal 2. Klasse...

Elinotypeseher, erste Kraft

Wir suchen für unsere Schmaschinenabteilung einen tüchtigen mit mindestens sechsjähriger Praxis und Vertrautheit in allen Modellen...

Elinotypeschaffmann

zurzeit Betriebsleiter, 40 Jahre alt, mit allen fachlichen Arbeiten vertraut, unbedingt zuverlässig, beste Referenzen...

Typographischer

14 Jahre Praxis, ehemaliger Ingenieur, alle Modelle, alle Arbeiten...

Typographischer, 28 Jahre alt, Schrift, korrekte Schriftstell., langj. Erfahrung...

Betriebsleiter gesucht

für den Verkauf von Werkzeugen für Seher und Drucker. K. Egl., München 9, Kolumbusstraße 1.

„Bressa“ Köln

Welcher Kollege gibt mir vom 3. bis 6. September Gelegenheit gegen Vergütung?



Soeben erschienen!

Deutsche Druckereien

2. Mappe mit Arbeiten aus der Praxis der Buchdruckerei J. Dollmann Zirkdorf-Nürnberg. Bearbeitet von Betriebsleiter K. Fuchsloch...

Billige böhm. Bettfedern

nur reine, gut-füllende Sorten. Ein Kilo granat gefüllte 3 M., halbwichtige 4 M., weiße 5 M., bessere 6 M., 7 M., dunkelweiße 8 M., 10 M., beste Sorte 12 M., 14 M., welche ungeschiffte 7,50 M., 9,50 M., beste Sorte 11 M. Versand portofrei...

Benutzt Gasel, Jedes Nr. 704 bei Pfaffen in Böhmen.

Heute 70 Jahre!

Unsern lieben alten Kollegen Karl Heising, Buchbinderstraße 11, zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche...

Fritz Schürmer

im Alter von 27 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren. Oktoberteil Inhaber des (Oftpr.).

Breitliste über Fachbücher und Werkzeuge

Verlag des Bildungsverbandes d. D. O., Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.

Einlohn

Auf Werkzeuge in Karton liefert für 3 M. K. Egl., München 9, Kolumbusstraße 1.

Karl Schindler

im 63. Lebensjahre aus unserer Mitte. Ein guter und hilfsbereiter Kollege ist von uns geschieden...

Karl Schindler

Am 15. August verschied plötzlich unser lieber Kollege, der Drucker Karl Schindler...